

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Stadtanschrift: Nachrichten Dresden
Vertretungs-Zimmernummer: 25 241
Nur für Nachgelassene: 20 011

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. Dezember 1927 bei täglich zweimaliger Zustellung drei Haus- 1,50 Mk.
Halbwechenspreis für Monat Dezember: 4,00 Mk. ohne Postzusatzgebühren.
Einzelnnummer 10 Pfennig.

Anzeigen-Preise: Die Anzeigen werden nach Maßstab berechnet. Die empfangliche 30 mm breite
Seite 18 Pf. für außenwärts in Pf. Familienanzeigen und Stellenangebote ohne
Rabatt 16 Pf. außerhalb in Pf. die 20 mm breite Reklamensätze 20 Pf. (5 Pf.
außerhalb 20 Pf. Offertegebühren in Pf. Ausw. Anzeigen gegen Vorauszahlung.

Schriftleitung und Hauptgeschäftsstelle:
Marienstraße 38 42
Druck u. Verlag von Leopold & Reichardt in Dresden
Postfach-Konto 1068 Dresden

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe „Dresdner Nachr.“ zulässig. Unautorisierte Schreiftische werden nicht aufbewahrt.

Trinkt **BUSSARD-SEKT** Qualitätsmarken, hergestellt aus edlen Weinen

Neue Terrorwelle in Elsaß-Lothringen.

Der Autonomistenführer Roffé verhaftet. — Krisengerüchte bedrohen die Strafrechtsreform.

Das Galakombendalein der „Zukunft“.

Paris, 2. Dez. Der elsässische Autonomistenführer, Chefredakteur des elsässischen „Avantiers“, Roffé, ist gestern nach einem längeren Verhör durch den Untersuchungsrichter in Kolmar wegen „unfranzösischer Umtriebe“ verhaftet worden. Die Verhaftung Roffés erfolgte bezeichnenderweise an dem Tage, an dem die Organisation der Lehrer des „Departementis Oberrhein“ die Neuwahl ihres Vorstandes vornahm, für den Roffé kandidierte. Trotzdem hat ein großer Teil der Lehrer für Roffé gestimmt. Die Lehrerschaft hat die Regierung an mehreren Stellen läßt, der Autonomistenbewegung Vorschlag zu werden, so ist, daß bei den erwählten Wahlen der Präfekt des Departementis im Verklammlungslokal erschien, und die Verhaftung Roffés den Lehrern mit der Bemerkung mitteilte, daß er im Ausmaß seiner vorgelegten Behörde unerfülllich mit allen gesetzlichen Mitteln gegen die Anhänger der Autonomistenbewegung vorgehen werde. Die Verhaftung Roffés hat nicht nur in der Lehrerschaft, sondern auch in politischen Kreisen große Aufseher erregt.

Um die Kette der Selbstverwaltung.

Abfassung der selbständigen Eisenbahnverwaltung.
Paris, 2. Dez. In der gestrigen Sitzung der Kammer-Kommission für Elsaß-Lothringen teilte der Arbeits-

minister Tardieu mit, daß die Regierung eine Änderung des Status der elsass-lothringischen Eisenbahn und die Schaffung einer selbständigen Eisenbahnverwaltung in Elsaß-Lothringen ablehne, da sie schwere wirtschaftliche Schwierigkeiten zur Folge haben würde. Die Regierung sei entschlossen, in dieser Angelegenheit die Vertrauensfrage zu stellen. (Zu.)

Noch schlimmer in Südtirol!

Wißtür bis in die Auswahl des Lebensmittels.
Berlin, 2. Dezember. Einer Meldung aus Innsbruck zufolge bestimmt eine Verordnung der italienischen Behörden in Südtirol, daß in den Gasthäusern mindestens ebenso viele italienische Zeitungen ausliegen müssen wie deutsche. Auch in den Bibliotheken sollen nach einer bestimmten Frist ebenso viele italienische wie andere Werke zur Verfügung stehen.

„Unser Vaterland ist Flandern!“

Die flamische Ironie in der belgischen Kammer.
Brüssel, 2. Dez. In der Schlussdebatte zur Regierungserklärung am Donnerstag kam es in der belgischen Kammer zu einem Zwischenfall, als der flamische Deputy Decker die Erklärung abgab, Belgien müsse zerstört werden. Der Kammerpräsident wandte sich daran gegen den Deputy, worauf dieser wieder erklärte, daß dem Präsidenten nicht das Recht zustehe, die freie Meinungsäußerung eines Volksvertreters zu kritisieren. Der Kammerpräsident wies auf seine Liebe für das belgische Vaterland hin, was den flamischen Abgeordneten wieder zu den Worten veranlaßte: „Unser Vaterland ist Flandern, nicht Belgien!“

Britischer Gesandtenwechsel. Viscount Clifton, bisher britischer Gesandter in Wien, ist zum Gesandten in Kopenhagen ernannt worden. Der Gesandte in Bern, Sperling, wird nach Sofia versetzt.

Der koloniale Gedanke.

Von Georg v. Stieglitz, München.

Die unsachlichen und lägenhaften Beschuldigungen gegen die deutsche Kolonialpolitik sind in der Presse und in einzelnen Schriften eingehend widerlegt und von den Siegerstaaten indirekt fallen gelassen worden, da im Herbst 1925 bei den Locarno-Verhandlungen grundsätzlich Deutschland das Recht zugesprochen wurde, Kolonialmandate zu erhalten. Das ist also mittelbar die Anerkennung unserer Eignung für die Verwaltung von Kolonialmandaten. Nie dürfen wir vergessen, was unsere Kolonien durch unsere Energie einst geworden sind, und was sie uns wieder werden sollen, wenn wir den kolonialen Gedanken nicht untergehen lassen, und wenn die Zeit gekommen ist.

Im Falle eines europäischen Krieges sollen keinerlei kriegerische Handlungen auf koloniale Gebiete der kriegsführenden Staaten übertragen werden. Der Krieg soll auf europäischen Schlachtfeldern ausgefochten werden, das Schicksal der Kolonien im Mutterlande besiegelt werden: So haben einmal auserlesene Vertreter hervorragender Großmächte entschieden. Es war richtig. Jeder Kulturmeister mußte betonen, daß das Ansehen der Weissen nur Schaden erleidet, wenn sie sich gegenseitig den Schädel einschlagen. Die ganzen inhaltsschweren und weltbeglückenden Gedanken der versammelten Diplomaten wurden zu Papier gebracht, von den Signatarmächten gegenseitig anerkannt und beglaubigt. Das fand wurde feierlich unter dem Namen „Kongogo-Acte“ aus der Taufe gehoben. So schien die schlimmste Gefahr von den Kolonien der Völker abgewendet.

Die „Kongogo-Acte“ sollte auch bei Ausbruch des Weltkrieges in ihren wesentlichen Bestimmungen zum erstenmal praktisch in Erscheinung treten. Für die erste Kolonialmacht der Welt, England, blieb die Frage offen, was mehr Vorteil brachte, den Vakt zu respektieren oder ihn als wertlosen Papierfetzen unter den Tisch zu werfen. Die Gelegenheit, uns unsere ostafrikanische Kolonie zu entreißen, sollte nicht wieder. Die englische Realpolitik kalkuliert nun folgendermaßen: Wenn Deutschland in Europa Sieger, so hatte man wenigstens ein Kompensationsobjekt in Händen, verloren wir den Krieg, so hätte der Vrite ein von unseren Kulturpionieren trefflich vorgeädertes und verwaltetes Gebiet an der „Leicht und siegreich“ erobert. Der Zusammenbruch der Mittelmächte trat ein, aber „leicht und siegreich“ gewann England nicht Ostafrika, denn im Wappen von Veltow-Vorbeck stand mit ehernen Lettern der Spruch: „Bricht der Anker, hält der Mann!“ Nachdem der Engländer unter Daresalam, den „Hafen des Friedens“, wo bei Kriegsausbruch als Zeichen von „Militarismus“ und „Weltbedrohung“ vor unseren Väterkammergebäude sichtbar zwei ganze 71er Kanonen standen, kapler beschossen hatte und Regimente von Einländern und Indern endlich gelandet waren, kam die Schlacht von Tanga, das Ruhmesblatt in der Kriegsgeschichte unserer Kolonien. Durch die Treue der Askaris, ein Zeichen, daß wir als Kolonialvertrauen und Achtung bei den Einheimischen uns erworben hatten, blieben wir am 4. November 1914 Sieger. Wir streckten dort nie die Waffen. Als der Vassenstillstand kam, hörten wir nur auf zu kämpfen. Das Schicksal der Heimat mußte unsere Kolonie teilen.

So verloren wir den Boden in fremden Weltteilen, wo einst unergliche Männer, wie Karl Peters, Nachtigall, Grafenreuth, Dominik u. a. mit manchen Aufwindungen, auch leitens eines Archimedeshorizontes von Bürokraten, am seitens Tische in der Heimat, und ein Einfuhr- und Ausfuhrgebiet schufen, um das andere Kolonialmächte uns beneideten, und das sie jetzt, durch unseren Kulturträger glänzend dastehend, auslaugen und zu verwalten versuchen.

Im Herbst 1927 wurde nun Geheimrat Kahl, geschäftsführender Präfekt für die Reichsverwaltung des Deutschen Industrie, zum deutschen Mitglied der Mandat-Kommission vom Völkerverbundrat in Genf ernannt. Dr. Ludwig Kahl, aus dem bairischen Landesdienst hervorgegangen, war früher lange im Dienste der deutschen Kolonialverwaltung. Er amtierte als Bezirksrichter in Windhof, als Hilfsarbeiter im ehemaligen Reichskolonialamt und bis zur Uebernahme des Schutzgebietes 1920 als Regierungsrat beim Generalgouvernement Windhof, so daß er als Kolonialfachmann und gleichzeitigiger Vertrauensmann der deutschen Industrie, wohl den kolonialen Gedanken am besten im In- und Auslande vertreten kann.

Was wir an unseren Kolonien verloren, sind hohe Milliardenwerte. Der verlorbene Engländer More, ein Kolonialpolitiker von Ruf, hat ihren Wert höher eingeschätzt, als die gesamten Kriegskosten der Allierten! Man wird die Frage nicht zahlenmäßig glatt beantworten können, ohne eingehend zu untersuchen, welche Zukunftswerte in den einzelnen Gebieten erschlossen waren, als wir sie verloren, und welcher Werte an Rohstoffen wir besonders beraubt wurden, deren

Ein Briefwechsel zwischen Dr. Kahl und Marx.

Das Reichskabinett gegen vorzeitige Reichstagsauflösung.

Berlin, 2. Dez. Im Reichstagsausschuß für die Strafrechtsreform gab nach Beratungen über die Bestimmungen über den Verlust des Wahl- und Stimmentrechts und seine Wiedererlangung der Vorsitzende Abg. D. Dr. Kahl dem Ausschuß Kenntnis von einem Briefwechsel zwischen ihm und dem Reichstagskanzler.

Der Vorsitzende Abg. D. Dr. Kahl (D. Vp.) hatte am 27. November an den Reichstagskanzler ein Schreiben gerichtet, in dem er erklärte, daß er es für seine Pflicht halte, der Reichsregierung davon Kenntnis zu geben, daß durch die vielen unkontrollierbaren Gerüchte über eine baldige Auflösung im Frühjahr 1928 zu erwartende Reichstagsauflösung eine starke Verunsicherung nicht nur unter den Mitgliedern des autonomen Reichstagsausschusses, sondern auch in weiteren an der Strafrechtsreform beruflich interessierten Kreisen eingetreten sei. Infolge dieser Stimmung habe sich auch die schwere Sorge gekonnten begonnen, daß das notwendige Gesetzgebungswerk nach zehnjähriger Vorbereitung wieder umschlagen könnte. Nach der Art und Weise der Einführung des Strafrechtsentwurfes durch den Reichstagsausschuß im Juni 1927 sei anzunehmen, daß ein solches Schicksal des Entwurfes, wiewohl von den Absichten und Wünschen der Reichsregierung entgegenliege.

Selbstverständlich bin ich mir bewußt, schreibt Dr. Kahl, daß politische Situationen entstehen können, in denen eine Reichstagsauflösung unvermeidlich erscheint, aber schon eine gewisse Unsicherheit darüber, daß bei etwa eintretender Erwägung über eine Auflösung vor Ablauf der Legislaturperiode die Auflösung der Reichstagsauflösung dem Reichstagsentwurf eine entsprechende Würdigung und Berücksichtigung finden werde, ist in jeder Hinsicht unerwünscht. Ich bin und die Arbeit an dem schwierigen Werk zu fördern. Ich bitte um Ihre, hochverehrter Herr Reichstagskanzler, die Billigung einer solchen Ansicht der Reichsregierung, wenn es Ihre Ermessen ist, erhalten zu dürfen.

Auf diesen Brief antwortete der Reichstagskanzler:

Sehr verehrter Herr Geheimrat!
Der Reichsregierung und auch mir war nicht entgangen, daß im Zusammenhang mit den erwähnten politischen Gerüchten über eine bevorstehende Reichstagsauflösung vielfach auch die Frage erörtert wird, ob eine Fortführung der Arbeiten des Strafrechtsausschusses unter diesen Umständen noch zweckdienlich sei. Ich habe diese Frage zum Gegenstand einer Aussprache im Reichskabinett gemacht.

Das Reichskabinett steht einstimmig auf dem Standpunkt, daß die Reichsregierung alles daran setzen sollte, eine positive erledigung des Strafrechtsentwurfes nach in der laufenden Tagung des Reichstags zu erreichen. Für diese Auffassung spricht der von Ihnen hervorgehobene Gesichtspunkt, daß es kaum zu erwarten ist, dieses überaus bedeutsame Gesetzgebungswerk nach zehnjähriger Vorbereitung nun wieder um auf ganz unbestimmte Zeit scheitern zu lassen. Von der unbedingten Notwendigkeit der parlamentarischen Fortführung des Strafrechtsentwurfes mit allen Mitteln hat mich jener mein kürzlich erfolgter Besuch bei der österreichischen Bundesregierung in Wien überzeugt. Es wird ein Fortschritt in der Entwicklung des deutschen Rechts sein, wenn eine gleichmäßige und gleichzeitige Schaffung eines neuen deutschen Strafrechts in Oesterreich und Deutschland demnächst geschehen sollte.

Nach Auffassung der Reichsregierung wäre es außerordentlich zu beklagen, wenn die bisher geleistete überaus wertvolle Arbeit umsonst getan sein sollte. Selbstverständlich kam die Reichsregierung keine Gewähr dafür übernehmen, daß der Reichstag nun auch tatsächlich bis zur erledigung dieses Gesetzgebungswerkes zusammenbleibe. Immerhin liegt die Erreichung dieses Zieles in der letzten Absicht der Reichsregierung. Ich würde es begrüßen, wenn diese meine Mitteilung über die einstimmige Auffassung der Reichsregierung, der, wie ich hinauszuweisen darf, auch der Herr Reichspräsident vollständiglich zustimmt, zur weiteren Förderung der Arbeiten beitragen würde.

(Siehe auch 2. Seite.)